

DER ERFOLGREICHSTE

US-Fond der letzten 6 Jahre heißt
ENTERPRISE FUND INC.

Seit dieser Zeit gehört er ständig zur **Spitzen-**gruppe der 20 besten amerikanischen Fonds – und das hat noch kein anderer geschafft! Wer vor 6 1/2 Jahren \$ 10 000 angelegt hat, kann sich heute über \$ 72 000 freuen. 625% beträgt der phantastisch anmutende, aber tatsächlich erzielte **Wertzuwachs** in dieser Zeit. Trotzdem wird die Anlagepolitik des **ENTERPRISE FUND INC.** durch das Streben nach größtmöglicher **Sicherheit** bestimmt: Das Fondsvermögen ist über 430 verschiedene wachstumsorientierte Unternehmen (Stand vom 31.12.68) gestreut, außerdem verzichtet der **ENTERPRISE FUND INC.** freiwillig auf Kredite und Leergeschäfte. Sollte Ihnen das zu „brav“ sein, oder – trotz allem noch – zu aggressiv, dann können wir Ihnen noch eine Vielzahl **vorteilhafter** Anlagemöglichkeiten (natürlich nicht nur Investment) empfehlen.

Sie sagen uns Ihr persönliches Anlageziel und wir versprechen Ihnen eine **objektive Beratung** für eine „maßgeschneiderte“ **Anlage**.

FPA FINANCIAL PLANNING ASSOCIATES

Anlageberatungsgesellschaft mbH. Zentrale München:
8 München 81, Arabellastraße 4 (im Sternhochhaus)
Tel.: 0811/911025 – 29, Telex: 5-24 645. Niederlassung
NORD: 2321 Plön Waldshagen, Tel.: 04522 – 2737.
Niederlassung WEST: 4 Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser-
Friedrich-Ring 1a, Tel.: 0211/55657/8. Niederlassungen
SÜD: 85 Nürnberg, Königstraße 41, Tel.: 0911/226407,
89 Augsburg, Siegfriedstraße 28, Tel.: 0821/26376

schaft internationaler Reporter geruh-
samer zu werden als einst sein Kriegs-
aufenthalt in England.

Den Schatten der Vergangenheit ver-
mag der Herrscher außer Diensten
freilich nicht zu entfliehen: Selbst im
irischen Irland wird er nicht von Iren
umorgt, sondern von Sorgenkindern
seiner großen Zeit. Die Herberge „He-
ron Cove“ gehört einem Deutschen,
dem Frankfurter Otto Tischler, bewirt-
schaftet wird sie von Richard Stan-
ford, einem Briten.

BRASILILIEN

DIKTATUR

Sklave des Gesetzes

Ich habe mich verpflichtet“, verkün-
dete 1965 Brasiliens Staatschef Mar-
schall Humberto Castelo Branco, „den
Weg zu öffnen für eine Zukunft, die
alle Brasilianer in einem Klima der
Toleranz und des Wohlstandes ver-
eint.“

Des Marschalls Weg in die Zukunft
führte in die Irre: Fünf Jahre nach-
dem Brasiliens Militärs ihren Marsch
zur Macht antraten, zwei Jahre nach-
dem Castelo Branco durch den Mar-
schall Arthur da Costa e Silva abgelöst
wurde, ist das größte Land Latein-
amerikas ein Polizeistaat, in dem eine
„Atmosphäre von Ablehnung und Un-
behagen“ herrscht („Time“) und dessen
Bürger — so das portugiesische Wo-
chenblatt „Vida Mundial“ — „politisch
in Angst und Sorge“ leben.

Ablehnung und Unbehagen, Angst
und Sorge wuchsen seit dem vergan-
genen Dezember.

Damals verkündete da Costa e Silva
den „Institutionellen Akt Nummer 5“
— und das war ein Ermächtigungsde-
kret für eine zumindest im Anspruch
totalitäre Diktatur (SPIEGEL 52/1968).

Seither wurde dieser Anspruch stän-
dig realer: Der Kongreß, den der Mar-
schall im Dezember auf unbestimmte
Zeit beurlaubte, ist noch immer aus-
geschaltet. 99 Abgeordnete und Sena-
toren verloren inzwischen ihr Man-
dat — die meisten von ihnen außer-
dem für zehn Jahre ihre politischen
Rechte. Nach dem Kongreß wurden
auch die Parlamente der wichtigsten
Bundesstaaten zwangsweise in die
Ferien geschickt.

Dem „Institutionellen Akt Nummer 5“
folgte Dekret Nummer 6, das die
Justizbehörden zu machtlosen Voll-
zugsorganen der Armee degradierte.
Alle Delikte, die gegen die „nationale
Sicherheit“ verstoßen, werden jetzt
vor Militärgerichten verhandelt; das
Regime kann verhaften, wen und wie-
lange es will. Drei der sechzehn Rich-
ter des Obersten Bundesgerichts muß-
ten bislang ihren Abschied nehmen.

Der „Institutionelle Akt Nummer 7“
schließlich bestimmt: Teilwahlen je-
der Art für Regierungs- oder Parla-
mentsämter auf Bundes-, Staaten-
oder Gemeindeebene werden bis auf
weiteres abgeschafft. Freiwerdende
Sitze in Gemeindeparlamenten besetzt
die Regierung mit Vertrauensleuten.

Außerdem verfügten die Militärs:

- ▷ Zeitungen, Funk und Fernsehen dürfen weder über Arbeiter-, Studenten- und Priester-Aktivität noch über soziale Mißstände berichten. Kritik an Armee und Regierung kann Journalisten für ein bis drei Jahre ins Gefängnis bringen.
- ▷ Studenten, Lehrer und Professoren, die „subversives Material, gleich welcher Art“ besitzen, drucken oder verteilen, dürfen drei bis fünf Jahre lang an keiner Lehranstalt des Landes studieren oder unterrichten.

Um Sanktionen gegen unliebsame Bürger zu beschließen, trat der Nationale Sicherheitsrat seit Dezember allein fünfmal zusammen. Nach der letzten Session vor drei Wochen kamen auf die schwarze Liste: 84 gewählte Volksvertreter, die ihrer Ämter enthoben, ein Dutzend Bürger, denen die politischen Rechte entzogen wurden, zwei Luftwaffenoffiziere, die nicht mehr fliegen und zwei Professoren, die nicht mehr lehren dürfen.

Insgesamt wanderten in den vergangenen fünf Monaten Tausende von



Staatschef da Costa e Silva
Vor Rührung geweint

Brasilianern in die Gefängnisse. Opfer der Säuberungsaktion, die „unerbittlich und methodisch ihren Lauf nimmt“ (so das konservative Tageblatt „O Estado de São Paulo“), sind Studenten und Gewerkschaftler, Abgeordnete und Journalisten, Künstler, Priester und Professoren.

Doch auch Taxifahrer, die zu schnell chauffieren, und Freizeittreibende, die an Rio de Janeiros Stränden Ball spielen, geraten in den Säuberungssog: Als gängiges Bußmaß für Bagatelldelikte gilt gegenwärtig Verbannung auf die Sträflingsinsel Ilha Grande.

Alli das ist freilich, so Justizminister Gama e Silva, „kaum erst der Anfang der Revolution, die wir unternommen haben, um wieder eine wahre Demokratie zu errichten“.

Die „Revolution“ begann im April 1964. Damals putschten die Militärs gegen den letzten vom Volk gewählten Präsidenten, João Goulart.

Der reiche Viehzüchter mit den linken Neigungen war Militärs, Besitzbürgern und konservativen Politikern gleichermaßen suspekt: Er hatte in Peking Trinksprüche auf Mao Tse-tung ausgebracht und wollte die 1947 verbotene kommunistische Partei wieder zulassen. Er plante eine Wahlrechtsreform, die auch Brasiliens Analphabeten — rund 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung — eine Stimme geben sollte. Er wollte brachliegende Grundbesitz zehn Kilometer beiderseits der Verkehrswege enteignen und an landlose Bauern verteilen.

In Washington bezeichnete der damalige US-Außenminister Dean Rusk Brasilien als „internationalen Gefahrenherd“. In Rio de Janeiro rüsteten Offiziere der Militärakademie („Sorbonne“) zum Kampf gegen die „Bolschewisierung des Landes“.

Im Einverständnis mit den wichtigsten Zivilgouverneuren jagten die Militärs Goulart aus dem Amt. Der gestürzte Präsident war noch nicht ins uruguayische Exil aufgebrochen, da hatten die USA das neue Regime schon offiziell anerkannt. US-Botschafter Lincoln Gordon damals in einem Vortrag an der Militär-„Sorbonne“: „Der Sturz der Regierung Goulart gehört zu den bedeutendsten Ereignissen der Nachkriegszeit.“

Derart von ihrem wichtigsten Verbündeten bestärkt, machten sich die Militärs daran, ihren Sieg zu festigen: Der neue Staatspräsident, Marschall Humberto de Alencar Castelo Branco („Ich werde ein Sklave des Gesetzes sein“), versprach zwar zunächst, eine „Demokratie zu bauen, in deren Schoß jeder seine Chance hat“.

Doch schon bald bedrängten ihn die Ultras der „linha dura“: hartnäckige Reaktionäre, für die schon fortschrittliche Christen Kommunisten sind; ehrgeizige Troupiers aus dem zweiten Glied, die ins militärische Establishment aufrücken wollen; Haudagen mit tiefem Haß auf alle zivilen Politiker.

Als Regimegegner bei den Gouverneurswahlen im Oktober 1965 in den vier Bundesstaaten Minas Gerais, Guanabara, Mato Grosso und Santa Catarina siegten, dekretierte der Marschall die Diktatur.

Mit dem „Institutionellen Akt Nummer 2“ ermächtigte er sich, jederzeit den Ausnahmezustand zu verhängen und die Verfassung zu ändern. Die 13 bestehenden Parteien erklärte er für aufgelöst. Im entmachteten Parlament durften fortan nur noch die Regierungspartei und eine vom Regime aus optischen Gründen gebildete Oppositionspartei sitzen.

Rund 800 Brasilianern entzog der Präsident für zehn Jahre die politischen Rechte; Dutzende von Abgeordnetenmandaten wurden kassiert, Tausende von Beamten entlassen.

Zugleich versuchte Castelo Branco die ruinierte brasilianische Wirtschaft zu sanieren; doch es war ein Versuch, unter dem vor allem die Armen litten. Zwar gelang es ihm, die Inflationsrate von 84 Prozent im Jahre 1964 durch ein

IN ALLER WELT
STOCK
BRANDY STOCK
PLYM GIN
VODKA
KEGLEVICH
PARK LANE
WHISKY



Elendsviertel in Rio de Janeiro: Sozialer Humanismus?

hartes Austerity-Programm auf 41 Prozent im Jahre 1966 zu reduzieren.

Doch allein vom Januar bis zum September 1966 stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot um 98 Prozent, Fleisch um 94,4 Prozent, Reis um 80 Prozent.

Unterdessen blieb in den großen Städten der monatliche Mindestlohn bei etwa 160 Mark stehen — im armen Nordosten des Landes, in dem etwa 30 der knapp 90 Millionen Brasilianer leben, lag er bei durchschnittlich nur 35 Mark. Nach wie vor litt mehr als ein Drittel der brasilianischen Bevölkerung an chronischer Unterernährung, starben 150 von 1000 Neugeborenen vor dem ersten Lebensjahr, lebten die Landarbeiter im Nordosten praktisch wie Leibeigene.

Am 15. März 1967 trat der Ex-Kriegsminister da Costa e Silva die Nachfolge von Castelo Branco an. In seiner ersten Kabinetsitzung weinte der neue Staatschef vor Rührung, setzte „sozialen Humanismus“ auf sein Regierungsprogramm.

Doch auch mit „sozialem Humanismus“ änderte sich kaum etwas. Zwar verringerte die Regierung der Militärs im Jahre 1968 die Inflationsrate auf 24 Prozent, zwar konnte sie Exporte für 1,9 Milliarden Dollar und eine Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 6,5 Prozent vorweisen.

Noch immer aber erhalten etwa 70 Prozent der Bevölkerung nicht den gesetzlich garantierten Mindestlohn. Unverändert kontrollieren ein Prozent der Grundbesitzer fast die Hälfte aller Ländereien. Forderungen nach sozialen Reformen gelten als subversiver Akt und werden unnachlässig verfolgt, seit im vergangenen Dezember die Ultras das Regime abermals zur Rückkehr auf die harte Linie zwangen.

„Es ist eine Illusion, zu glauben“, so warnte nach dem Rechtsruck von 1968 der Erzbischof von Recife, Dom Hélder Câmara, „daß die Augen der Masse geschlossen bleiben, wenn wir sie ihnen nicht öffnen.“

Bisher noch scheint die Masse mit geschlossenen Augen zu leben. Auf offenen Widerstand stößt das Regime nur bei den Studenten.

Als die Militärs Anfang Mai 26 Professoren und Wissenschaftler der Universität von São Paulo aus politischen Gründen entließen, traten sämtliche Studenten dieser wichtigsten brasilianischen Hochschule in den Vorlesungsstreik.

MALAYSIA

RASSENKAMPF

Glückliche Gesellschaft

Tunku Abdul Rahman, Premier der Föderation Malaysia, wollte seinem Land ein Beispiel geben. Gleich nach seinem Amtsantritt demonstrierte der Prinz aus einem tausendjährigen malaiischen Sultansgeschlecht, wie er sich die Harmonie der Rassen vorstellte: Der Tunku adoptierte zwei chinesische Kinder.

Doch seinem Vorbild eiferten nur wenige Landsleute nach, und vergangene Woche entbrannte in einem der reichsten Länder Asiens der offene Rassenkrieg: In der Hauptstadt Kuala Lumpur stürmten braune Malaien die Geschäfte ihrer gelben Landsleute; die Chinesen stellten — wie auch in den Bundesstaaten Penang, Perak und Selangor — Bürgerwehren auf; bis zum Wochenende starben 200 Menschen.

Der Grund für die Chinesen-Hatz: Bei den — demokratischen — Wahlen am vorletzten Sonntag hatte die Mehrheit der über drei Millionen Malaysia-Chinesen erstmals für die Oppositionspartei „Gerakan Rai'at Malaysia“ gestimmt, die prompt der Regierungskoalition des Tunku in drei volkreichen Bundesstaaten die Mehrheit nahm.

Denn die Chinesen, bislang Koalitionspartner in der antikommunistischen Regierung des Tunku, fühlen sich vom 4,2-Millionen-Staatsvolk der Malaien geächtet.

Die leichtlebigen, bequemen Ureinwohner der südostasiatischen Halbinsel betrachten Malaysia als ihr ur-eigenes Land. In den Chinesen, Indern und Ceylonesen, deren Vorfahren oft schon im vorigen Jahrhundert einwanderten, sehen sie allenfalls Gast-

arbeiter, gegen deren Tüchtigkeit sie sich bislang mit einer Barriere diskriminierender Privilegien schützten. So

- ▷ darf von fünf Stellen in Verwaltung und Politik nur eine von Nicht-Malaien besetzt werden,
- ▷ ist den Chinesen der Eintritt in die 28 000-Mann-Armee der Föderation praktisch versagt,
- ▷ wurde das Malaiische, das von Sprachforschern erst vor einem Jahrzehnt mit technischen und wissenschaftlichen Ausdrücken dem 20. Jahrhundert angepaßt werden mußte, zur Staatssprache erklärt.

Verwaltung und Armee blieben so in malaiischen Händen. Die tüchtigeren und fleißigeren Chinesen jedoch monopolisierten die Wirtschaft des Landes. Von den Banken in den Städten bis zu den Dorfplätzen im Dschungel kontrollieren sie den Handel.

Um die malaiischen Vorrechte in Malaysia nicht an die gelben Landsleute zu verlieren, verließen auch viele Malaien am vorletzten Sonntag den Mittelweg des Premiers Tunku Abdul Rahman. Mit Hilfe der radikalen „Pan-Malaiischen Islamischen Partei“ wollen sie sich gegen die Chinesen behaupten.

Schon einmal hatten sich die Malaien einer gelben Gruppe entledigt: 1965 zettelten braune Rassisten im Stadtstaat Singapur Unruhe an und forderten die Verhaftung des Chinesenführers Lee Kuan Yew, den sie als potentiellen Premier fürchteten. Singapur, zu 80 Prozent von Chinesen bewohnt, machte sich selbständig.

Einen weiteren — und endgültigen — Zerfall seiner „glücklichen, multi-rassischen Gesellschaft“ will Premier Tunku Abdul Rahman um jeden Preis vermeiden. Letzten Mittwoch setzte er die Verfassung außer Kraft und befahl seinen malaiischen Polizisten und Soldaten, auch auf rebellierende Malaien zu schießen.



Malaysia-Premier Rahman
Harmonie der Rassen?